

KURZ ERKLÄRT: LIEFERKETTENGESETZ ABSCHAFFEN!

Die Wirtschaftslage in Deutschland ist so ernst wie seit Anfang der 2000er Jahre nicht mehr. Laut OECD wird unsere Wirtschaft 2025 kaum wachsen – Deutschland ist damit Schlusslicht unter den Industrienationen. Bei der Wettbewerbsfähigkeit sind wir im Länder-Ranking seit 2014 fast zwanzig Plätze zurückgefallen. Die Rezession kostet jeden Tag unzählige Arbeitsplätze. Das verunsichert die Menschen in unserem Land: Ist mein Job sicher? Kann unser Einkommen mit den steigenden Preisen mithalten? Habe ich so überhaupt noch Chancen auf einen beruflichen Aufstieg? Kann ich meiner Familie und mir etwas aufbauen? Diese Sorgen nehmen wir ernst. Und wir Freie Demokraten im Deutschen Bundestag leiten daraus einen klaren Handlungsauftrag ab.

Deutschland braucht jetzt eine Wirtschaftswende.

Wir müssen alles unternehmen, was Wachstum schafft und alles unterlassen, was Wachstum bremst. Bürokratie ist nicht nur eine Wachstumsbremse, sondern auch das ultimative Misstrauensvotum gegen die Bürger und Unternehmen in unserem Land. Wir wollen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Betrieben sich wieder um den wirtschaftlichen Aufschwung kümmern können, statt ihre Zeit mit endlosen Berichtspflichten verschwenden zu müssen. Bestes Beispiel: das deutsche Lieferkettengesetz.

Das Lieferkettengesetz gehört abgeschafft.

In der Praxis ist das Gesetz schlicht eine bürokratische Überregulierung ohne Mehrwert. Es fesselt vor allem unseren Mittelstand, ohne für eine bessere Welt zu sorgen. Seit diesem Jahr sind noch mehr Unternehmen in Deutschland verpflichtet, ihre globalen Lieferketten genau zu dokumentieren. Aus Sorge, diese Belastungen nicht stemmen zu können, ziehen sich einige bereits zurück. Die Lücke wird von Unternehmen aus Staaten genutzt, die sich nicht an hohe Standards gebunden fühlen – ein Bärendienst für Menschenrechte, Arbeitsstandards und Umweltschutz.

Wir nehmen unsere politischen Wettbewerber beim Wort und zählen auf breite Unterstützung für die Abschaffung.

CDU und CSU haben sich inzwischen von diesem – ihrem eigenen! – Gesetz aus Zeiten der Großen Koalition abgewandt. Auch Olaf Scholz spricht sich dagegen aus und Robert Habeck wollte es sogar „mit der Kettensäge wegbohlen“. Jetzt zählen Taten! Deshalb bringen wir diese Woche die Abschaffung des Lieferkettengesetzes in den Deutschen Bundestag ein.

Auch darüber hinaus gilt: Wir wollen Bürokratie radikal reduzieren, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken.

Es ist an der Zeit, den Weg für mehr Wachstum zu ebnen und den Unternehmen wieder Vertrauen in ihre Eigenverantwortung zu schenken. Bürokratischen Ballast abzuwerfen, ist einer der wirksamsten Wege, um für bessere Standortbedingungen für die Wirtschaft in Deutschland zu sorgen. Denn das bringt eine doppelte Dividende: Kosten werden reduziert und so die Produktivität der Unternehmen gesteigert. Zugleich entlastet es die öffentlichen Haushalte: aufwändige Kontrollen der Berichtspflichten entfallen und Steuermehreinnahmen entstehen.